

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Anna Lührmann, Anja Hajduk, Alexander Bonde  
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung  
– Drucksachen 16/2300, 16/2302, 16/3115, 16/3123, 16/3124, 16/3125 –**

**Entwurf eines Gesetzes  
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2007  
(Haushaltsgesetz 2007)**

**hier: Einzelplan 16  
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz  
und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung legt ab dem Jahr 2007 einen Klimaschutzfonds auf, aus dem innovative Aktivitäten für mehr Energieeffizienz finanziert werden. Dieser Fonds wird im Einzelplan 16 Kapitel 16 02 Titelgruppe 02 683 22 (neu) etatisiert. In den nächsten 10 Jahren werden von Seiten des Bundes insgesamt 5 Mrd. Euro in den Klimaschutzfonds investiert. Im Jahr 2007 wird er mit 250 Mio. Euro, ab dem Jahr 2008 mit 500 Mio. Euro bezuschusst und im Jahr 2011 wird er auf 750 Mio. Euro anwachsen.

Finanziert wird der Klimaschutzfonds im Jahr 2007 aus der Rückzahlung von Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle durch gestiegene Weltmarktpreise. Dazu wird im Einzelplan 09 der Titel 683 14 „Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle“ um 232,4 Mio. Euro von 1,937 Mrd. Euro auf 1,7046 Mrd. Euro gekürzt. Darüber hinaus wird ein Einnahmentitel im Kapitel 09 02 Titelgruppe 01 „Rückzahlung von Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle durch gestiegene Weltmarktpreise“ geschaffen, in den Einnahmen von 360,829 Mio. Euro durch die gestiegenen Weltmarktpreise für Kohle im Jahre 2005 fließen.

Ab dem Jahr 2008 werden zunächst 10 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate versteigert. Die Einnahmen von mind. 500 Mio. Euro/Jahr kommen dem Klimaschutzfonds zugute. Zur Etatisierung der Einnahmen wird im Einzelplan 16 Kapitel 16 05 111 32 (neu) ein Leertitel „Einnahmen aus der Versteigerung von Emissionszertifikaten“ geschaffen, in den ab dem Jahr 2008 die Einnahmen aus der Versteigerung der Zertifikate fließen.

Berlin, den 21. November 2006

**Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion**

## Begründung

Wir brauchen eine ambitioniertere nationale Klimapolitik. Die riesigen Potenziale der Energieeinsparung werden unzureichend genutzt. Dabei sind sie ein zentraler Baustein für den Klimaschutz. Wer Energie spart, spart gerade in Zeiten explodierender Öl-, Gas- und Strompreise auch Kosten für Wirtschaft und Verbraucher.

Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß muss durch den Emissionshandel einen angemessenen Preis bekommen. Durch die Versteigerung der Zertifikate des Emissionshandels wird ein transparentes, einfaches Zuteilungsverfahren geschaffen. Die unberechtigten Zusatzprofite der Energieversorger können so abgeschöpft und zugunsten der Verbraucher umverteilt werden.

Gleichzeitig dürfen klimaschädliche Industriezweige keine staatliche Förderung mehr erhalten. Das gilt insbesondere für die Steinkohle, deren Subventionierung beendet werden muss. Nur so kann sichergestellt werden, dass nicht immer höhere ökonomische und ökologische Folgekosten durch den subventionierten Bergbau entstehen. Aufgrund von Steigerungsraten des Weltmarktpreises von Steinkohle von über 60 Prozent seit dem Jahr 2003 müssen zuviel erhaltene Subventionen im Haushaltsjahr 2007 zurückgezahlt werden.

Angesichts eines durchschnittlichen Erlöses von voraussichtlich fast 63 Euro/Tonne Steinkohle in 2006 errechnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie einen Kappungsbetrag von rund 300 Mio. Euro für die Steinkohlesubventionen des Jahres 2006. Das macht für den Bund 232,4 Mio. Euro Minderausgaben im Haushalt 2007. Auch im Jahr 2005 lag der Weltmarktpreis mit 65,02 Euro/Tonne Steinkohle deutlich über dem den Zuwendungsbescheiden zugrunde liegenden Drittlandkohlepreis von 40 Euro/Tonne, so dass die RAG die für dieses Jahr zu viel erhaltenen Subventionen in der Höhe von 360,829 Mio. Euro zurückzahlen muss.

Daher ist es sinnvoll, einen Klimaschutzfonds einzurichten, der zunächst aus der Kürzung der Steinkohlesubventionen und dann aus den Einnahmen des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels solide finanziert wird.